

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Landesverband Schleswig-Holstein

Kleiner Parteitag 25.11.2006

AntragstellerInnen:

Grietje Bettin, KV Flensburg
Florian Bernstorff, KV Rendsburg-
Eckernförde
Andreas Tietze, KV Nordfriesland
Dietmar Curdt, KV Stormarn
Rasmus Andresen, KV Flensburg
Claudia Prehn, KV Kiel

Gegenstand:

Gewalt in den Medien
Alternativantrag

TOP neu 1

Der Kleine Parteitag möge beschließen:

Ursachen für Gewalt und Sucht bekämpfen

Der grüne Parteitag distanziert sich von der populistischen Verbotsdebatte um Computerspiele und fordert die Bundestagsfraktion auf, dem reflexartigen Aufschrei nach einem pauschalen Verbot eine Absage zu erteilen. Stattdessen soll sie an den wahren Problemfeldern arbeiten (Waffenbesitz und Suchtproblematik bei Jugendlichen) und Vorschläge zur Verbesserung der Medienkompetenz machen. Gleichzeitig sind insbesondere die Länder und Kommunen gefragt, endlich umfangreiche jugend- und bildungspolitische Maßnahmen einzuleiten, um jungen Menschen eine Zukunftsperspektive zu geben.

Begründung:

Die aktuelle Rechtslage bietet bereits heute ausreichend Möglichkeiten, gewaltverherrlichende Computerspiele dem Markt zu entziehen oder sie komplett zu verbieten. Deutschland hat im internationalen Vergleich bereits heute sehr strenge Jugendschutzbestimmungen in diesem Sektor. Leider stoßen diese Gesetze in der Realität an Grenzen. Es ist simpel, sich übers Internet verbotene Spiele aus dem Ausland zu holen. Eine Evaluation des Jugendmedienschutzgesetzes aus dem Jahr 2003 ist dennoch sinnvoll und notwendig und

Befasst:	Vertagt	Überwiesen an:	Abstimmung
Ja	Ja		Ja: ____
Nein	Nein	_____	Nein ____
			Enth.: ____

gesetzlich sowieso vorgesehen. Sie wird ggf. Defizite aufzeigen, die dann gesetzlich geändert werden können.

Ein generelles Verbot wäre zudem ein Dambruch für weitere Verbote von Filmen und Büchern, in denen Gewalt vorkommt. Und dann steht man auch schon kurz vor einer Zensur der Medien. Das entspricht nicht grüner Programmatik.

Außerdem ist es immer noch zu einfach, in Deutschland an Waffen und an Sprengstoff zu gelangen. Das Waffenrecht muss erneut überprüft und ggf. verschärft werden.

Kinder und Jugendliche, die Probleme im sozialen Umfeld haben, müssen viel stärker präventiv unterstützt werden. Für Eltern muss es selbstverständlicher werden, hinzugucken, was ihre Kinder spielen. Der Bildungsauftrag in Schulen muss viel stärker die Medienkompetenz umfassen. Auch die zunehmende (Computer-) Suchtproblematik gehört stärker in den Blickpunkt.

„Erst wenn die letzte LAN-Party geschlossen, das letzte Killerspiel verboten, das Internet zensuriert ist, werdet ihr erkennen, dass man seine Kinder doch erziehen muss.“